

Mann der Arbeit, aufgewacht! Und erkenne deine Macht! – Lösungsansätze zur „sozialen Frage“

M1: Reaktionen – Soziale Frage¹

„Das aufgeklärte, liberale Bürgertum sah sich durch die Entstehung des Proletariats² in seinem Selbstverständnis infrage gestellt und engagierte sich, zumal nach dem Entstehen einer vor allem am Marxismus orientierten

Arbeiterbewegung³ in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, bei der Beseitigung von Missständen. Erste staatliche Maßnahmen gegen die Verelendung erfolgten Anfang des 19. Jahrhunderts in Großbritannien, ab 1839 (gesetzliche Einschränkung der Kinderarbeit) in Preußen. Das

bürgerliche Engagement fand seinen Ausdruck z. B. in der Organisation von **Genossenschaften**, aber auch in der sozialethischen Diskussion der Kirchen (**evangelische Soziallehre, katholische Soziallehre**⁴). Der Kathedersozialismus⁵ forderte im Gegensatz zum strengen Wirtschaftsliberalismus das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft, um Klassengegensätze zu mildern und den sozialen Frieden zu fördern. Beginnend mit der **Sozialpolitik Bismarcks**, die ursprünglich Staat und Gesellschaft gegen die Forderungen der Sozialdemokratie immunisieren sollte, der politischen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft durch Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts, später durch den Ausbau eines Systems der sozialen Sicherung und zunehmenden materiellen Wohlstand wurde die soziale Frage weitgehend gelöst; jedoch sind neue soziale Fragen zum Aufgabenfeld der Politik geworden (Sozialstaat)[,]“ zu diesen zählen u.a. verschiedene Ausprägungen und Varianten von Armut, bezahlbarer Wohnraum, Diskriminierung und die Herausforderungen vor allem kranker und älterer Menschen, z.B. in der Pflege.



Abbildung 1: Kinder bei der Industriearbeit.
Freie kommerzielle Nutzung. Kein Bildnachweis erforderlich.

¹ Aus: <https://brockhaus.de/ecs/permalink/222F66BAF711652576DA97B195373B89.pdf> (03.11.2022).

² Proletariat [französisch, zu prolétaire, lateinisch proletarius »Bürger der untersten Klasse«, zu proles »Nachkomme«, »Kind«, »Sprössling«] das, -(e)s/-e, Plural selten, bezeichnet nach der servianischen Zenturienordnung (wohl 5./4. Jahrhundert), die das Fußvolk in fünf Steuerklassen einteilte, den Teil der Bevölkerung, der aufgrund seiner schlechten Lebenslage und mangelhafter Vermögensausstattung noch unterhalb der letzten Steuerklasse angesiedelt war. Die Proletarier (»proletarii«) wurden weder für die Steuerzahlung noch für den Kriegsdienst herangezogen und hatten als einzigen »Besitz« ihre Nachkommenschaft (»proles«).

Aus: <https://brockhaus.de/ecs/permalink/02FBFE4DB443F614248F901DC76C381D.pdf> (03.11.2022).

³ Arbeiterbewegung, seit den 1840er-Jahren Bezeichnung für die v. a. in Parteien und Gewerkschaften, aber auch in Genossenschaften und Vereinen organisierten Bestrebungen der abhängigen Lohnarbeiter, besonders der Industriearbeiterschaft, zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen sowie zu ihrer sozialen und politischen Emanzipation.

Aus: <https://brockhaus.de/ecs/permalink/1FFB135C3AB08B33873FA6AFDC5FACF8.pdf> (03.11.2022).

⁴ [K]atholische Soziallehre, die katholisch-theologische Reflexion der gesellschaftlichen Normen und Strukturen. Ziel der katholischen Soziallehre ist es, ausgehend von der christlichen Anthropologie, Orientierungs- und Handlungsnormen für die Gestaltung von Welt und Gesellschaft als menschliche Gemeinschaft vorzugeben. Grundlegend für die katholische Soziallehre ist die Verpflichtung auf die naturrechtlichen Prinzipien der Personalität, Solidarität und Subsidiarität.

Aus: <https://brockhaus.de/ecs/permalink/FABA33C968278630B24FBCFC4D975335.pdf> (03.11.2022).

⁵ Kathedersozialismus, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in der deutschen Volkswirtschaftslehre aufgetretene theoretische Richtung, die – in gewisser Verbindung mit der historischen Schule – im Gegensatz zum ausgeprägten Wirtschaftsliberalismus das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft im Sinne eines Staatsinterventionismus (Interventionismus) forderte, um die von ihr betonten Klassengegensätze zu mildern, den sozialen Frieden zu fördern und den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterschaft zu ermöglichen.

Aus: <https://brockhaus.de/ecs/permalink/27E893E634E91166E96D1A5472556564.pdf> (03.11.2022).

M2: Lösungsansatz – Arbeiterbewegung⁶

Verschiedene Organisationen und Bewegungen beschäftigten sich mit der „Sozialen Frage“ und machten Vorschläge zu ihrer Lösung. Das gilt vor allem für die Arbeiter, die die Erfahrung machten, dass sie als Einzelne nichts gegen die Unternehmer einstellen konnten. Schlossen sie sich zusammen und vertraten ihre Interessen vereint, fanden sie in der Öffentlichkeit Gehör und waren erheblich mächtiger. Eines der leistungsfähigsten Mittel war in diesem Fall die befristete Arbeitsniederlegung, der Streik. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“ - ebendiese Zeile aus dem vorhin gehörten Lied des Dichters Georg Herwegh wurde zum Slogan der Arbeiterbewegung, später in Abwandlung gar zur SPD-Hymne. Erste Zusammenschlüsse der deutschen Arbeiterschaft gab es seit den 1840er-Jahren. Ziel war es, die Solidarität der Arbeiter untereinander zu stärken, sodass ihre politischen Erwartungen effizienter durchgesetzt werden konnten. Die Arbeiter nutzten in diesem Fall im Besonderen die Möglichkeit der Vereinsgründung. Als erstmalige und bedeutendste Selbsthilfeorganisation der Arbeiterbewegung gilt die 1848 gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung“. Mittels des Zusammenschlusses des 1863 von Ferdinand Lassalle ins Leben gerufenen „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ mit der 1869 von Wilhelm Liebknecht und August Bebel gegründeten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ im Jahre 1875 begann eine moderne Phase in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie formierte sich dieser Tage in Parteien und versuchte mit außerparlamentarischen Mitteln die Mitarbeit in den Parlamenten und politische Entscheidungen zu beeinflussen. Außerdem schlossen sich Mitte des 19. Jahrhunderts verschiedenste Facharbeiter diverser Branchen zu Gewerkschaften zusammen, um ihre Interessen besser gegenüber den Arbeitgebern und Fabrikbesitzern durchzusetzen und mit Hilfe gegenseitige Hilfe ihre Lebensbedingungen zu optimieren. Sie forderten politische Gleichberechtigung, gerechte Entlohnung, Koalitions- und Streikrecht, die Lösung der sozialen Frage und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Außerdem gab es Gründungen der Liberalen und ab 1895 die christlichen Gewerkschaften. Anders als im Zuge der Arbeiterparteien hatte für die Gewerkschaften die soziale Absicherung am Arbeitsplatz Vorrang vor politischen Erwartungen.

M3: Lösungsansatz – Genossenschaften und Arbeiterbildungsvereine⁷

„Soziale Probleme“ betrafen im 19. Jahrhundert nicht nur Arbeiter, sondern auch Kleinbauern: Um das wirtschaftliche Überleben zu sichern, arbeiteten sie eng in Genossenschaften zusammen, um günstige Agrarkredite zu organisieren und die Lebenshaltungskosten zu senken. Die erste Genossenschaft Deutschlands wurde Mitte des 19. Jahrhunderts von Hermann Schulze-Delitzsch (1808-83) und Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-88) gegründet. In den 1870er und 1880er Jahren setzte er sich für Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften ein und gründete die genossenschaftliche Sparkasse und die spätere Raiffeisen-Zentralbank, da er das Problem von Überschuldung, Wucherzinsen und Zwangsversteigerungen erkannt hatte und die Genossenschaften daher zunächst als rein karitative Einrichtung ansah. Um das Jahr 1890 waren zwei Drittel der Landwirte Genossenschafter. Einzelne Handwerker schlossen sich zu Bildungsvereinen zusammen. Eigene Arbeiterbildungsvereine entstanden erst im Lauf der 60er-Jahre des 19. Jahrhunderts. Sie waren häufig der Ausgangspunkt zur Gründung politischer und gewerkschaftlicher Organisationen und als Teil der Arbeiterbewegung verlangten Sie Allgemeinbildung (Lesen, Schreiben), berufliche Aus- und Weiterbildung sowie mehr individuellen Gestaltungsraum für ihr Leben. Mit dem Ausbau des allgemeinen Bildungssystems ging die Bedeutung des Arbeiterbildungswesens allerdings zurück.

M4: Lösungsansatz – Kirchen⁸

Die katholische Soziallehre entwickelte sich im 19. Jahrhundert als Reaktion auf soziale Unruhen und Konflikte im Kontext von Industrialisierung, sozialen Problemen und Arbeiterbewegungen. W.E. von Ketteler, Bischof von Mainz, forderte mehr politische Rechte und die Gleichstellung der Arbeiter. Der christliche Grundgedanke der Nächstenliebe und sozialen Verantwortung für Mitmenschen kam durch die Seelsorge, die Armenpflege, die Suppenküchen und durch die Gründung des Kolpingwerkes durch A.

⁶ Vgl. <https://brockhaus.de/ecs/permalink/518901E1A737CEE76CC9A8355829FE94.pdf> (03.11.2022).

⁷ Vgl. <https://brockhaus.de/ecs/permalink/FC349DAC0A4EE9389E146C0033CC6650.pdf> (03.11.2022).

⁸ Vgl. <https://brockhaus.de/ecs/permalink/FABA33C968278630B24FBCFC4D975335.pdf> (03.11.2022).

Kolping zum Ausdruck. Die Amtskirche befasste sich in der Sozialzyklika des Papstes („Rerum novarum“, 1891) mit den Fragen einer gerechteren Sozial- und Eigentumsordnung, des Arbeitsschutzes sowie einem Streikrecht. Unter den evangelischen Kirchen regte Johann Hinrich Wichern die Einrichtung eines „Zentralkomitees Innerer Mission“ an, das bundesweit Einrichtungen für evangelische Sozialarbeit schaffen sollte. Beide Kirchen hofften, dass die Arbeiter, die die Kirche wegen Enttäuschung verlassen hatten, deshalb in die christliche Gemeinschaft zurückkehren.

M5: Lösungsansatz – Unternehmer⁹

Einige Unternehmer, wie Carl Zeiss, Alfred Krupp und Friedrich Harkort, versuchten die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, indem sie Unterstützungs-, Arbeiterpensions-, Betriebskrankenkassen und Bildungseinrichtungen für ihre Arbeiter gründeten. Sie errichteten firmeneigene Wohnungen im Werksgelände. Teilweise wurden Verbraucherverbände (Bekleidung und Lebensmittel) auf Werksgeländen gegründet und die Arbeitssicherheit vorangetrieben. Das Hauptziel der Unternehmer war die Steigerung der Produktion. Sie forderten von ihren Mitarbeitern absolute Loyalität und hofften, eine solide Belegschaft aufzubauen, die von Privilegien profitiert. Durch die Unterstützung des Unternehmens hofften die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer an sich zu binden, Streiks gar nicht erst aufkommen zu lassen und den Einfluss der Sozialdemokratie zu begrenzen. Die von Unternehmern ergriffenen Maßnahmen unterlagen keinen gesetzlichen Beschränkungen und waren daher unternehmensabhängig und nicht durchsetzbar. Im Allgemeinen kamen diese unternehmerischen Aktivitäten nur den Arbeitnehmern ihrer jeweiligen Unternehmen zugute und lösten die „soziale Frage“ nicht.

M6: Lösungsansatz – Sozialistengesetze und Sozialgesetzgebung¹⁰

Sozialgesetzgebung und Sozialistengesetze waren der Versuch des deutschen Bundeskanzlers Otto von Bismarck, das soziale Dilemma der Arbeiter im Industrialisierungsprozess des ausgehenden 19. Jahrhunderts zu bewältigen. Bismarck hat die politische Sprengkraft extremer gesellschaftlicher Gegensätze erkannt und erwirkte ein Verbot sozialistischer Vereine, Geld- und Gefängnisstrafen sowie ein Verbot von öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen, insbesondere um der sozialistischen Bewegung die Brutstätte zu nehmen. Im Zuge der Sozialgesetzgebung führte er 1883 die Krankenversicherung, 1884 die Unfallversicherung und 1889 die Invalidenversicherung ein. Die Kosten hierzu teilen sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Staat. Die Kosten der Krankenversicherung werden zu zwei Dritteln von den Arbeitnehmern getragen, zu einem Drittel vom Arbeitgeber und die Kosten der Unfallversicherung allein vom Arbeitgeber. 1911 wird die Invaliden- zur Hinterbliebenenversicherung ausgebaut.

M6: Programme der Arbeiterparteien

FERDINAND LASSALLE beschreibt in seinem „Offenen Antwortschreiben zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses“ (1863) das Programm des anschließend gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“:

Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung jenes Gesetzes, welches unier der heutigen Produktion von dem Produktionsertrag das eben zur Lebensfristung Erforderliche auf die Arbeiter als Lohn und den gesamten Überschuss auf den Unternehmer verteilt, das ist die einzige wahrhafte, die einzig seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes. [...] Ebendeshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeiten zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten. [...] Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen? Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer aller Augen stehen: dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. [...] Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.

Zit. nach Helga Grebing, Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und Interessenvertretung bis 1914. München, 1985. S. 138-140.

⁹ Vgl. <https://brockhaus.de/ecs/permalink/634CBA636F178680FC1DCD368232864A.pdf> (03.11.2022).

¹⁰ Vgl. <https://brockhaus.de/ecs/permalink/5E7B308B44B5E2C18399C7A3449EA3B8.pdf> (03.11.2022).

Das Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1869:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
2. Der Kampf der Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
3. Die Ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Zit. nach Ursula Schulz (Hrsg.), Die deutsche Arbeiterbewegung 1848-1919 in Augenzeugen berichten. München, 1976, S. 165.

Das Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 1875:

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse, die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen. Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages. Die Befreiung der Arbeit muss das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber allen anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit. [...]

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Zit. nach: Hans Fenske (Hrsg.), Im Bismarck'schen Reich. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Bd. VI. Darmstadt, 1978. S. 141 f.

Das Erfurter Programm der SPD, 1891:

Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln - Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel - in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, dass der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommenung werde. [...]

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre Ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewussten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen - das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Zit. nach; Hans Fenske (Hrsg.), Im Bismarck'sche Reich. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. VI, Darmstadt 1978, S. 32 f.

Arbeitsauftrag:

1. Fassen Sie die Reaktionen auf die „soziale Frage“ mit eigenen Worten zusammen!
2. Arbeiten Sie die einzelnen Lösungsansätze aus M1-M6 heraus und stellen Sie diese in tabellarischer Form (Lösungsblatt) dar!
3. Hausaufgabe: Vergleichen Sie Forderungen der vier „Parteien“ (Bewegungen) ADAV, SDAP, SAP, SPD!